



## **Bonuszahlungen**

1. Die *Liberalen Demokraten* sehen es als bedenklich an, wenn Banken durch den Staat, also durch die Steuergelder, finanziell unterstützt werden und gleichzeitig die Vorstände üppige Einkommen oder gar Abfindungen erhalten.
2. Sie fordern die Bundesregierung auf, eine höchste Grenze für Vorstandsentgelte einzuführen.
3. Vorstandsmitglieder und Manager dürfen keine Abfindungen erhalten, die höher als ein Jahreseinkommen sind.

## **Parlamentarische Kostenrechnung**

- Für Haushaltsbeschlüsse von Parlamenten wird eine Kostenrechnung eingeführt.
- Ein Kosten verursachender Beschluss gilt als mit allen Folgekosten beschlossen.
- Alle Folgekosten sind durch den Haushalt zu tragen, für den das beschließende Gremium zuständig ist.

## **Kalte Progression**

Die Liberalen Demokraten fordern die Verhinderung einer kalten Progression sowie die der schleichenden Verschiebung und Umverteilung der Steuerlast nach unten durch die Einführung eines geldwertabhängigen Steuersystems.

Dieses regelt sich anhand einer Steuertabelle in Abhängigkeit von einer mindestens jährlich neu zu ermittelnden Bemessungsgrenze B.

## **Barcode**

Die *Liberalen Demokraten* fordern das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf, für Geschäfte, bei denen über den Barcode die Preise gescannt werden, auch im Verkaufsraum Bildschirme mit Scannfunktion bereitzustellen.

## **Afghanistan**

- Die Liberalen Demokraten lehnen die bedingungslose Verlängerung des Afghanistan Einsatzes ab.
- Sie fordern die Zurücknahme des militärischen Einsatzes und fordern den verstärkten Aufbau der zivilen Zusammenarbeit, die Herstellung der Menschenrechte, sowie die Schaffung demokratischer Strukturen.
- Sie fordern die Bundesregierung auf, die Kosten für den bisherigen Einsatz als auch künftige Kosten offen zu legen. Hierzu zählen auch die Kosten für Soldaten und ihre Familien bei Invalidität und Tod.

## **Bundeswehr im Inneren**

Die Liberalen Demokraten nehmen mit großer Sorge zur Kenntnis, dass die Koalition von CDU/CSU und SPD sich darauf geeinigt haben, die Bundeswehr auch im Innern bei „Notfällen“, einzusetzen und dass die Große Koalition die Änderung des Artikel 35 des Grundgesetzes anstrebt.

- Sie weisen daraufhin, dass die Bundeswehr nur zur Unterstützung von Polizeikräften der Länder angefordert werden kann
- Sie halten an der verfassungsrechtlichen Beschränkung fest, die der Bundeswehr den Einsatz spezifisch militärischer Waffen untersagt (z.B. Einsatz von Kampfpanzern, Kampfflugzeugen und Kampfschiffen).
- Sie lehnen eine Änderung des Artikel 35 des Grundgesetzes wie es die Große Koalition anstrebt im Sinne einer Militarisierung der Polizei entschieden ab.
- Sie verweisen auf ihren Bundesparteitagsbeschluss zum Luftsicherheitsgesetz vom 3. Dezember 2005.